

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expéditeur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil. Deutschland.

* Berlin, 7. September. [Die neueste ministerielle „Prov.-Corr.“] bringt nichts von Interesse, als einen in Sachen des Gasteiner-Vertrags gegen die „Volksztg.“ gerichteten Artikel. Wir ehren an der „Volksztg.“, daß sie — obzwar auf verfehlter, nicht deutsch-nationaler Grundlage — der äußeren Politik des preussischen Ministeriums hartnäckiger und ununterbrochener, als irgend ein anderes liberales Blatt in Berlin, Opposition macht. Indessen sind die Formwörter der „Prov.-Corr.“ nicht ganz ungerechtfertigt. Da nämlich die „Volksztg.“ nicht den Muth hat, sich offen auf den deutschen Boden zu stellen, sondern immer vom particularistischen Standpunkte des preussischen Staates aus spricht, so kann es sich nicht fehlen, daß die „Prov.-Corr.“ in Manchem Recht behält. Der äußeren Macht des Staates Preußen kommt es sicherlich zu Gut, wenn es in neuen Länderstreben, gleichviel unter welcher Form, militärisch Position faßt. Die Kernfrage aber ist diese: ob es im Interesse der deutschen Nation und ihrer Entwicklung liegt, daß irgend ein (großer oder kleiner) particularistischer Staat mit seiner Besonderheit und seiner eigenen geschichtlichen Tradition auf Kosten der Gesamtheit an Macht und Einfluß in Deutschland zunehme. Deutsch, wie sie sich fälschlich nennt, wird die Fortschrittspartei in Preußen erst dann sein, wenn sie offen und bestimmt erklärt, daß der Nation gegenüber Preußen nicht mehr Ansprüche hat, als Oesterreich oder Hessen-Homburg, sondern daß der preussische Particularismus so gut wie jeder andere der Sache der Gesamtheit weichen muß. Wer hingegen ein großes Preußen will, dem wird freilich schwer fallen zu beweisen, daß nicht auch dynastische Eroberung, Länderkauf und sonstige derartige Mittel dem Ziele näher bringen können. Dies aber gerade will die „Prov.-Corr.“, selbstverständlich mit anderen Worten, der „Volksztg.“ nachweisen.

[Zum Gasteiner Vertrag] findet auch die Augsburger „Allg. Ztg.“, daß der Hauptpunkt in der Erwerbung des Kieler Hafens durch Preußen und was damit zunächst zusammenhängt liege, oder, wie sie sich ausdrückt, in der „von Oesterreich an Preußen zugestandenen Besignahme“ desselben etc.

[Der Rundschauder der Kreuzzeitung] ist, obschon die Fortsetzung des Artikels in der neuesten Nummer des Blattes über sieben der großen Spalten fällt, noch immer nicht zu Ende. Wenn wir gestern begierig zu sein erklärten, ob es wieder heißen werde: „Kein Piemont in Deutschland“, so hat diese unsere Neugierde jetzt eine unerwartete Befriedigung gefunden. Der treffliche Mann hat inzwischen eingesehen, daß seine früheren Ideen nicht mehr in die Zeit passen und sich daher befehrt. Da dies aber als unanständig er-

scheinen konnte, so erforderte es ein besonderes Geschick, die Schwankung zu vollziehen. Und man muß gestehen, die Stelle, in welcher dies geschieht, ist nächst den humoristischen Leitartikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ über preussische Staatszustände das Köstlichste, was man lesen kann. Der alte Herr verurtheilt nämlich nach wie vor mit strengster Gewissenstreue „die Gelüste nach Annexion.“ — Aber warum? — Weil er die Annexion selbst vorzieht. Er schreibt: „So wären wir geschügt geblieben einerseits gegen Zeitströmungen, andererseits gegen Annexionen.“ „Gelüste“, sagen wir, die wohl zu unterscheiden sind von der Annexion, wenn diese rechtlich möglich und wenn sie nöthig sein sollte, die Herzogthümer zu schützen gegen die Gefahr, der deutschen Demokratie als Beute zuzufallen.“ Vortrefflich! Also nur keine Annexionen, sondern gleich die Annexion selbst. Das ist klarer.

[Conservativer Hausstreit.] Prof. Hengstenberg hatte behauptet: „In der gesammten katholischen und evangelischen Literatur findet sich auch nicht ein einziger Mann von innerlicher Frömmigkeit, Ruf und Anerkennung, der es gewagt hätte, das Duell zu vertheidigen.“ — In der ultrakonservativen „Berliner Revue“ wird jetzt Herrn Hengstenberg erwidert: die von ihm in Anspruch genommene innerliche Frömmigkeit sei ein „Mißverständnis christlicher Wahrheit.“ Die konservativen Soldaten fangen also an, die konservativen Theologen zu verkehren. Der heilige Stuhl muß sich ja darob im Grabe umdrehen!

[Die bürgerliche Demokratie Deutschlands] wird zu Mitte dieses Monats den Versuch machen, sich zu reorganisiren, zu welchem Zwecke die entschiedeneren Elemente sich vom Nationalverein und der Fortschrittspartei lossagen werden, um, wenn die Vereinbarung gelingt, sowohl den Regierungen als dem unter vielerlei Namen verkappten Gotthardthum gegenüber wieder als selbstständige demokratische Partei Deutschlands dazustehen.

[Der erwähnte Sieg unserer Partei], welcher in der Revolution des Vereinsstages der Schulzischen Arbeitervereine für das allgemeine Stimmrecht liegt, wird auch vom „Publicist“ als solcher betrachtet. Derselbe wundert sich, wie dieselben Leute, die uns in dieser Sache so hartnäckig Widerstand geleistet, jetzt selbst für dieselbe eintreten. Gedult! Es werden noch ganz andere Dinge kommen. Wir sind die Treiber, jene die Getriebenen.

[In Betreff der Herzogthümer] wird aus Wien telegraphirt, daß der Statthalter von Schlesien, F. W. v. Gablenz, nächsten Montag dahin abreist und daß die Abberufung des Herrn v. Halbhauer amtlich vollzogen ist. — Aus Kopenhagen, vom 6. d., wird in Betreff des Festes, welches einer Deputation von (dänisch gesinnten) Nordschleswigern zu Ehren gegeben wurde, fol-

gendes vom Telegraphen gemeldet: „Das gefrige Fest in Klampenborg wurde von circa 50,000 Menschen besucht. Es fand eine große Projection zum schleswigschen Granitmonument im Thiergarten und darauf ein Festmahl statt, an dem circa 4000 Personen Theil nahmen. Clausen, Gruntvig, Orla Lehmann und Bürgermeister Larsen hielten Reden. Die Schleswiger sind theilweise diesen Morgen abgereist.“

[Zur großen Staatsconfusion in Oesterreich] bemerkt treffend die „Bresl. Ztg.“ unter Anderem:

Ein Programm hat das neue wiener Cabinet noch nicht veröffentlicht; es scheint auch keines zu haben. Vielleicht will es nur experimentiren, um sich und den Staat ein Weiches über'm Wasser zu halten. „Nach uns die Sündfluth!“

Eine totale Zerrüttung freilich kann nicht ausbleiben. Eine Mosak der verschiedenartigsten Nationen und Nationalitäten, wenn sie alle Augenblicke durcheinander geschüttelt wird, kann nicht länger ein Ganzes bilden, muß zuletzt in Stücke fallen.

In fast allen Staaten haben seit dem Jahre 1848 die Regierungsformen mehrfach gewechselt, aber — die unmittelbaren Folgen der Revolution ausgenommen — niemals ohne Uebergänge. Man ist mit mehr oder weniger großen Schritten aus der Reaction in den Liberalismus, und noch öfter umgekehrt gegangen. In Oesterreich aber stellt man alle paar Jahre mit einem Schlag alle Einrichtungen auf den Kopf.

Nehmen wir nur die Veränderungen seit 1850! Unter Bach die rückwärtslose Centralisation bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, alle Staatsbürgerschaft zur landesfürstlichen gemacht, die hehrliche Wirksamkeit bis in die Familien hinein ausgedehnt. Nach dem Frieden von Villafranca plötzlich Verheißung und später Octroirung einer Verfassung, halb centralistisch, halb autonomistisch, aber nur nicht liberal. Daraus Einberufung des verstarbten Reichsrathes, dessen Mitglieder vom Kaiser ernannt waren; dann das Octoberdiplom, welches allen separatistischen Gelüsten die Thür öffnete, ohne sie zu befriedigen. Kein halbes Jahr später das Februarpatent, das dem Liberalismus einige leicht zu umgehende Angehörigkeiten machte, dafür aber vorwiegend centralistischen Geistes war. Endlich im Jahre 1865 die Programmlosigkeit, die sich hauptsächlich darin manifestirte, die Wirkungen der Februarverfassung überall bis auf die letzte Spur zu vernichten, doch nichts Positives an ihre Stelle zu legen.

Letzteres ist nicht ganz richtig. Das Positive besteht darin, daß der Schwerpunkt der Monarchie sich nach Ungarn verlegt hat und dadurch der Dualismus, d. h. die Theilung des Reiches in zwei Haupttheile (diesseits und jenseits der Leitha), mit Ueberwiegen des von Ungarn gelenkten Theiles, auch zu äußerer Geltung gebracht ist — Die Wiener „Presse“ findet, daß „die Klüthen der staatsrechtlichen Verwirrung immer höher steigen“ und daß „das Gewirre der widerstreitenden Meinungen nicht größer sein könnte.“ Hoffentlich aber kommt es doch noch härter!

[Verurtheilung] eines Arbeiters sowohl wie des verantwortlichen Redakteurs unseres Blattes ist, wie uns unsere dortigen Freunde berichten,

auch weggeworfen eine wenig gien... weitere... einen schen der dieser m ein nicht stän wo für de steben fassun selbe „Es und einzuf... In de „Die haben den 2 werde ster G mit da her v erhalte von g Graf, auch i Mitglie ausge... mehrer kosten Urtheil zu Un hier u das A seiner vertritt Gehalt... Zeitun preußig lung d Rendel eine F nison u gebildet bataillon „Igeho der sch zu eine Delegir „Hensl mann Entlass... vom 21 fische i lin erla... Angel ren Be Nach gen, har bei der freibeit welchen Stimmo der All wobei a tionstrei warden, zufrieden missar is unbeantf Borfrage Kön

zu Elbersfeld eingetreten. Es handelte sich um eine Einfindung des Arbeiters Brückmann „über Verfolgung gegen die Arbeiter.“ Brückmann selbst wurde zu 8 Tagen Gefängniß, der Redakteur unseres Blattes wegen Aufnahme der Einfindung zu 10 Thlr. Strafe oder 4 Tagen Gefängniß verurtheilt.

[Polizei-Ueberwachung.] Heute ist die Druckerei unseres Blattes polizeilich überwacht worden. Der dienstthuende Herr Wachmeister erklärte auf Befragen, daß er den Auftrag habe, feilzujstellen, wohin die Exemplare spedirt würden. Wir bitten unsere Leser, zu glauben, daß solche Dinge unter keinen Umständen Einfluß auf unsere Haltung haben können.

Jeder Diensthote, Lehrling u. s. w., welcher ein Patet, eine Mappe oder etwas der Art trug, wurde im Haus angehalten und der Inhalt des Beträgenen durchsucht. Proteste hiegegen blieben fruchtlos. Der Besitzer der Druckerei beabsichtigt, wegen Störung seines Geschäftsbetriebes durch die Polizei Beschwerde zu führen.

— [Ueber die Commission für Arbeiterangelegenheiten] geben wir nachstehenden Schlußbericht:

Ein Gegner der leghedeherten Ansicht meinte, man werde dann consequent sein und auch in diesem Falle keine Ausnahmegesetze verlangen. Wenn die Genossenschaften lebensfähig wären, müßte die bestehende Gesetzgebung ausreichen, so aber seien sie nur vorübergehend, wie dies bei denjenigen, der in den von ihnen selber veröffentlichten Zahlen zu lesen verstehe, unzweifelhaft sei, indem nur sehr geringe Erfolge daraus hervorgehen. In England betrage die Zahl der registrierten Genossenschaften 14,000 und eben so hoch belaufen sich die nicht registrierten, und doch bedürfe man dort keiner exceptionellen Gesetze. Hier werde mit einer Sache, an der nicht viel Interesse, großes Geschrei gemacht. Die Staatsbüßse sei freilich nicht anwendbar, aber diejenigen Personen, die am meisten dagegen eiferten, ließen sich gelegentlich, wenn es ihre eigene Person betreffe, Zinsgarantie, Schutzbüßse, selbstene Kapitalisten zu niedrigem oder zu keinem Zinsfuß wohl gefallen; was dem Kapitalisten gewährt würde, könne man doch eigentlich dem Arbeiter nicht vorenthalten; nur sei Beides im Prinzip zu verwerfen. Man sage, der Arbeiter brauche Hilfe gegen das Kapital und das müsse man ihm an den Kapitalisten an und nenne das fälschlich Selbsthilfe. Die wahre Selbsthilfe sei eine Concentration aller geistigen und körperlichen Kräfte und nicht die zu verwerten bestrebt sei, dem dürfe auch geholfen werden. Die Genossenschaften lassen sich klassifizieren als solche, die aus dem Gesamtinteresse und solche, die aus dem Willen des Einzelnen hervorgingen. Daß die erstere Gattung selten oder nie zum Vorschein komme: so sehe das Coalitionrecht mit der Genossenschaft wohl in innerem Zusammenhange; mit der Behauptung des ersteren würden die letzteren aus der Welt geschafft hervorgehen, die bald, wie in England bereits der Anfang gemacht, zu Commanditgesellschaften erweitert werden möchten, wohingegen das Deutsche Genossenschaftswesen großentheils auf einzelnen Personen beruhe und deshalb nicht prosperire. Diesem also gekennzeichneten Genossenschaftswesen dürfe keine solche Beihilfe beigelegt werden, daß es dazu noch besonderer Hilfe bedürfe. Außerdem lie die Gefahr nicht unbedeutend, wie schon Thiers im Jahre 1848 sich eingehend ausgesprochen, daß der kleinere Gewerbebetrieb durch die Associationen gänzlich zerstört und eine gänzliche Demoralisation aller staatlichen und socialen Zustände herbeigeführt werde. Es gäbe aber außer den Genossenschaften noch einen Weg, wie der kleine Gewerbebetrieb sich gegen die Vortheile der Großindustrie, die durch vervollkommnete Maschinen zu Gebote ständen, schützen könne: sie hätten sich zur gemeinschaftlichen Beschaffung von Maschinen und Geräthschaften zu einigen. Hierunter seien die Rohstoff und Consumvereine, doch möge die Staatsregierung die ganze Sache nur ruhig verlaufen lassen wie bisher, so werde sie schon von selber aufhören. Könnten sie ihre Lebensfähigkeit aber nachweisen, so sehe ja auch nichts im Wege, sie als eine nützliche Person anzuerkennen und an allen daraus sich selbst ergebenden Vortheilen Theil nehmen zu lassen.

Am Schluß der Diskussion kommt folgender Antrag zur Abstimmung und wird mit 28 gegen 5 Stimmen angenommen:

„Die Commission spricht den Wunsch aus, die Königl. Staatsregierung möge auf möglichst baldiges Zustandekommen eines Gesetzes hinwirken, welches die Regelung der privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zum Zweck hat, im Uebrigen aber diesen Genossenschaften eine möglichst freie Bewegung

(Der Herr Handelsminister wohnte der ganzen Sitzung bei. Die nächste und letzte fand am Montag statt.)

Im Laufe dieser Sitzung war wieder ein Schriftstück der Ortsverbänderung in Cammin eingegangen, das zur Kenntnissnahme der Mitglieder, die sich dafür interessieren, im Uebriem auslag. Das andere Schriftstück, als von Ortsverbänderungen eingegangen, ist nicht mitgetheilt worden.

Für den das Genossenschaftswesen betreffenden angenommenen Antrag wurde noch geltend gemacht: die ganze Bewegung auf dem socialen Gebiete, wie sie sich in den Genossenschaften darstelle, sei ein bedeutendes Zeichen der Zeit, das wohl verdiene, von jedem Menschenfreunde mit Aufmerksamkeit verfolgt zu werden; auch die Staatsregierung verlasse dem Gegenstande ihre Theilnahme nicht, wie sie dies schon durch Vorlage der Frage ausgedrückt, und in der That habe die Gesetzgebung die Verpflichtung, den Rechtszustand der Genossenschaften zu regeln. Geradezu unbegrifflich erseine der Rath, die Regierung möge diesen Theil der socialen Entwicklung seinem Schicksal überlassen. Wenn dem kleinen Manne der Kredit erweitert, wenn ihm billigere Beschaffung der nöthwendigsten Lebensbedürfnisse ermöglicht, wenn in ihm ein Interesse für Productivgenossenschaften erweckt werde, dann heiße es, das wahre Wohl des Arbeiters vorzuziehen, wenn man ihn in diesem Streben einem ungewissen Schicksale überlassen wollte. Die Gegner des Genossenschaftswesens verkennten die Tragweite dieser Bewegung, indem sie nur die Associationen, wie sie gegenwärtig sind und nicht, was nach der gesetzlichen Regelung aus ihnen werden könnte, ausfachten. Möge es auch irrthümlich sinnen, jedenfalls liege es nicht außer der Möglichkeit, daß, bei vollständiger Durchführung der Genossenschaften, durch diese ein vollständiger Umschwung aller jetzt bestehenden gesellschaftlichen Zustände herbeigeführt werden könne. Es seien eben nur die Arbeiter selber, die diese schwierige Frage ihrer Lösung entgegenzuführen haben. Um sie darauf vorzubereiten, müsse man sie zu gebildeten und moralischen Menschen machen, und die erste Grundlage dazu sei in dem gegenseitigen Vertrauen zu einander zu suchen. In den Genossenschaften werde sich dieses finden; sie werden dadurch von dem demokratischen Berg auf die entgegengelegte Sporthöhe hingewiesen, sie werden zur Geschäftkenntniß, zur Geschäftsführung erzogen und so zu dem selbständigen Gewerbebetriebe, wie er von ihnen in den Productivgenossenschaften gehandhabt werden kann, herangebildet. Auch der Einwand, daß man in den Darlehnskassen der Arbeiter Hilfe gegen das Kapital bei dem Kapitalisten suchen lassen wolle, sei bei dem weiteren Ausbau und der gesetzlichen Regelung nicht mehr stichhaltig, indem wiederholt in allen Deutschen Arbeiterversammlungen die Nothwendigkeit einer Erwerbsunfähigkeits-Unterstützungskasse zur Sprache gekommen sei. Es sei Ansicht vorhanden, daß die Idee der Arbeiter-Invaliden-Versicherung den gesammelten deutschen Arbeiterstand binnen kurzem lebhaft beschäftigen werde, da mit der Ausdehnung der Industrie die Unterstützungsbewusstseins immer deutlicher zu Tage treten wird. An den zu diesem Zwecke zu gründenden freien Kassen werden sich freilich nur die ordentlichen, fleißigen und paramen Arbeiter betheiligen; diese aber gerade seien es, welche alsdann zunächst zu Productivgenossenschaften zusammenzutreten und ihre neuen Unterstützungskassen als Kapitalanlagen verwenden werden. Jene werde bei solcher auf Solidarität gegründeter Association der große Kredit um so weniger fehlen, als mit dem lieberlichen, faulen und ungeschickten Rest des Arbeiterstandes das Kapital weder arbeiten noch mit den so gebildeten Productivgenossenschaften in Konkurrenz treten kann: zu dieser Zeit werde das Kapital von der Arbeit abhängig und die sociale Frage, und zwar besser gelöst sein, als durch die stets sich erneuernden Veruche zu Vornherbildungen, die als endliches Ziel nichts weiter als eine Geldentwertung zur Folge haben und deshalb nach mißselig erkämpftem Ziele nur einen Kreislauf gemacht haben, um an dem Ausgangspunkte wieder anzukommen. Daß dieser Ideenweg nicht bloß in der Einbildung beruhe, sei durch thatsächliche Vorgänge dargelegt; es sei dies auch der einzig mögliche Weg, zu der wahren Selbsthilfe zu gelangen und deshalb seien auch die Vortreibungen von Schulde-Delict nicht zu unterschätzen, der es in populärer und ansbanender Weise unternommen, den Arbeiter zum Nachdenken über seine Lage zu bewegen; der Arbeiter habe dann gefunden, daß ihm vor Allem Bildung noth thue, um in die übrigen Gesellschaftsklassen würdig eingereiht werden zu können und daß er sich der Sparsamkeit zuwenden müsse, wenn er sich des beim Kredit nöthwendigen Vertrauens erfreuen wolle. Bei den Arbeiter-Invalidenkassen würde es sich übrigens am besten zeigen, ob die Arbeitgeber ein Herz für ihre Arbeiter hätten, da die Gesamtheit, die in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig lasse, sich so gern mit den Humanitätsbestrebungen befreie. Es wäre sehr gut, wenn die Staatsregierung fort und fort der Arbeiterbewegung ihre Aufmerksamkeit zuwendete; sie würde bald gewahr werden, daß dem Arbeiter der Ge-

genwart, wennschon er seine natürlichen und gewährleisteten politischen Rechte zu verteidigen Willens sei, doch auch sein materielles, auf Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit aufgebauten Wohl dringend am Herzen liege und daß er sein mühsam erworbenes Eigentum gern zu conserviren bereit sei; dazu möge man ihm freundlich und vertrauensvoll die Hand reichen, indem man die vorhandenen Gesehe so viel erweitere, daß auch er eine rechtssichere und geschützte Stätte suchen und finden könne.

Der Abgeordnete Dr. Faucher ist in dieser Sitzung erschienen, dem zweiten Theile derselben wohnte der Handelsminister bei. Auf der Tagesordnung steht die Frage 11. Dieselbe lautet:

„Welche dieser Associationen (Vorschuß- und Creditvereine, Vereine zur Beschaffung von Rohstoffen, Consumvereine, Productiv-Associationen) können auch unter Fabrikarbeitern Eingang finden und auf welchem Wege würde das zu erreichen sein?“

Herr Reg.-Commiff.: Er müsse darauf aufmerksam machen, daß die Regierung die Frage deshalb gestellt, weil aus den über das Genossenschaftswesen erstatteten Berichten ersehe, daß die Fabrikarbeiter sich daran noch wenig bisher betheiligigt hätten und es läge der Regierung daran, die Veranlassung dazu kennen zu lernen.

Es wird als Erwiderung darauf hervorgehoben, daß das Genossenschaftswesen in den Productiv-Associationen gipfele; dieses zu erreichen sei aber gerade bei den Fabrikarbeitern schwieriger als bei den Handwerkern, weil es dazu bei weitem größerer Mittel bedürfe, die durch das bloße Sparen der Arbeiter nicht zusammengebracht werden könnten. Hier frage es sich nun, ob die Großindustriellen, welche den Schutzvöll, die Zinsgarantien, die Darlehen gegen gar keinen oder geringen Zinsfuß mit Dank vom Staate angenommen, dieselbe Staatsbüßse denjenigen versagen werden, die derselben am meisten bedürftig sind.

Von anderer Seite wird nochzuweisen versucht, weshalb die Productiv-Genossenschaften überhaupt nur in geringem Maße errichtet worden seien. Es fehle den Arbeitern zum selbstständigen Gewerbebetriebe vor Allem an Geschäftkenntniß, die müßten sie in den ersten Anfängen des Genossenschaftswesens erwerben, dahin seien die Consum- und Sparvereine zu rechnen. Erst wenn sie diese erzielt, könnten sie, falls ihnen die nöthigen Geldmittel zu Gebote ständen, zu Productiv-Associationen übergeben. Hätten sie dann erst deren Lebensfähigkeit dargeban und seien sie durch einen außer ihrer Verschuldung liegenden Umstand und durch unvorherzusehende Umstände in Geldverlegenheit gerathen, so sei es an der Zeit, sich nach außerordentlichem Credit umzusetzen, den sie alsdann auch ohne Staatsbüßse um so leichter finden würden, wenn sie zu solidarischer Haft verbunden seien. Die Staatsbüßse, wie sie als Schutzvöll der Großindustrie gewährt worden, sei wesentlich verschieden von der Staatsbüßse, wie sie von einer Seite her für die Arbeiter verlangt werde; denn während hier das Interesse der Einzelnen, habe man dort den Gesamtwohlstand ins Auge gefaßt, aber auch diese letztere Unterstützung werde die Regierung der Gegendwart, die sich für die freie Bewegung des Handels und der Industrie zu erklären scheine, als den Fortschritt einer früheren Regierung bezeichnen, wodurch eine gesunde und naturwüßsige Entloftung der Industrie verbunden werde. Das Genossenschaftswesen müsse auch für die Fabrikarbeiter wichtiger als das Coalitionrecht werden, weil es sich dabei um die Frage handle, ob fort und fort der ärmste Mann im Staate seine notwendigen Lebensbedürfnisse am theuersten bezahlen soll und ob er auch für die Folge auf das einstuflende Borghystem hingewiesen bleiben soll. Man gewähre den Associationen nur dieselbe Vereinfachtheit wie den Staatsbanken, und der jetzt noch auf die Bewegung drückende Indifferentismus werde alsbald beseitigt sein, ja es werde dann bald kein Dorf mehr geben, das nicht wenigstens einen Consumverein hätte. Die Consumvereine seien für jetzt das Beste, besonders wenn sie mit Sparvereinen in Verbindung ständen. Wünschenswerth wäre nur, daß man für solche Klassen, wie dies bei den Unterstützungskassen jetzt schon der Fall sei, Arrestschläge geleglich nicht zuließe. Die Staatsbüßse müsse auch am bedwillen zurückgewiesen werden, weil bei eintretenden schlechten Conjunctionen und Calamitäten der Staat immer neue Zuschüsse würde liefern sollen, wozu gar keine Mittel vorhanden, und er dadurch anßerdem schließlich als Selbstproducent erscheinen würde, da er für die richtige Verwendung und Verwaltung der darauf verwendeten öffentlichen Gelder Sorge zu tragen hätte. Daß die Staatsregierung die christlichen Vereine pflegen möge, wird zwar auch noch von einer Seite beantragt, die Versammlung vermag dies aber mit der vorgelegten Frage nicht in Einklang zu bringen.

Als Beantwortung der Frage werden dagegen folgende Anträge zur Abstimmung gebracht:

Die in Frage 10 genannten Genossenschaften können ihrer Natur nach sämmtlich bei den Fabrikarbeitern Eingang finden — wird einstimmig bejaht.